



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### **Michael Schrodi: „Entkriminalisierung des Containers kann nur ein erster Schritt zu einem vernünftigen Umgang mit Lebensmitteln sein“**

Olching, 12.01.2023

**Michael Schrodi, MdB**

Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
Fax: +49 8142 501 3962  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Otto-Wels-Haus  
Raum: 5.027  
Telefon: +49 30 227-77541  
Fax: +49 30 227-70541  
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

**Michael Schrodi, der SPD-Bundestagsabgeordnete für Dachau und Fürstenfeldbruck, begrüßt den Vorstoß der Ampelkoalition zu einem neuen Gesetz bezüglich der teilweisen Entkriminalisierung des sogenannten „Containers“. Für die Begrenzung der Lebensmittelverschwendung bedarf es aber weiterer Maßnahmen.**

Schätzungsweise elf Millionen Tonnen Nahrungsmittel landen jedes Jahr im Müll. „Deshalb ist jede Änderung, die einen vernünftigeren Umgang mit Lebensmitteln nach sich zieht, unterstützenswert“, sagt Schrodi. Deshalb soll nach Vorschlägen des Bundeslandwirtschafts- sowie des Justizministeriums auch das Containers, also die Entnahme von Lebensmitteln aus Abfallbehältern der Supermärkte, weitgehend straffrei bleiben.

Im Jahr 2019 waren in Schrodies Heimatgemeinde Olching zwei Studentinnen zu einer Geldstrafe verurteilt worden, nachdem sie mit der Entnahme von Lebensmitteln auf den sorglosen Umgang mit Nahrung aufmerksam machen wollten. Damals hatte Schrodi die beiden zu einem Gespräch eingeladen und ihre Petition unterstützt. Diese sah vor, dass Lebensmittel, die aus den Regalen genommen werden, zum Beispiel an Bedürftige verteilt werden sollen.

Der Olchinger Fall landete damals sogar beim Bundesverfassungsgericht. Dieses bestätigte zwar das Urteil aufgrund der in Deutschland bestehenden Eigentumsrechte. Allerdings hatte das Gericht damals schon betont, dass es diese Entscheidung „nicht dahingehend prüfen kann, ob der Gesetzgeber die zweckmäßigste, vernünftigste oder gerechteste Lösung gefunden hat“. „Mit anderen Worten: Die bestehende Gesetzgebung ist nicht ausreichend vernünftig, denn sie unterstützte zu sehr eine Wegwerf-Mentalität“, sagt Schrodi. Er sei deshalb froh, dass „mit der Ampelregierung nun endlich ein erster, symbolisch wichtiger Schritt gegen Lebensmittelverschwendung unternommen wird“.



Die geplante Änderung des Straf- und Bußgeldverfahrens, wonach Containern straffrei bleibt, wenn bei der Entnahme keine Türen aufgebrochen oder Zäune überstiegen werden, sei dieser erste wichtige Schritt. Wichtig sei zudem, auch eine Spendenverpflichtung für unverkaufte und noch genießbare Lebensmittel einzuführen und das weitaus größere Potenzial unnötiger Lebensmittelabfälle entlang der Produktions- und Lieferketten ins Auge zu nehmen. „Hier werde ich persönlich und gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion die beiden Minister in die Pflicht nehmen, Lösungen zu präsentieren“, macht Schrodi klar.

Auch wenn im Handel und in der Produktion erheblicher Verbesserungsbedarf besteht, so ist in diesem Fall auch jeder Einzelne gefragt, im Umgang mit Nahrungsmitteln weitsichtiger zu agieren. Viel zu viele Lebensmittel landen im privaten Hausmüll – das sei schon allein aus umweltpolitischen Aspekten verbesserungswürdig, gibt Schrodi zu bedenken.